

Informationen, Analysen, Politik, Forschung
und Veröffentlichungen

www.generationenvertraege.de

Vorbelastet in die Krise Internationale Nachhaltigkeitsstudie des FZG

Die internationale Diskussion über Staatsverschuldung und fiskalische Nachhaltigkeit wird in aller Regel anhand von Defizit- und Schuldenquoten geführt. Der in Artikel 121 Absatz 1 des EG-Vertrags formulierte Forderung nach „eine[r] auf Dauer tragbare[n] Finanzlage der öffentlichen Hand“ wird damit jedoch nur zum Teil Rechnung getragen. Neben der jährlichen Neuverschuldung und dem heutigen Schuldenstand müssen weitere Indikatoren zu Rate gezogen werden, die ebenso implizite Lasten – wie sie vor allem in den umlagefinanzierten Sozialversicherungen bestehen – zur Bemessung der fiskalischen Tragfähigkeit berücksichtigen. Auf diese Weise entsteht eine vollständiger und langfristiger treffendere Analyse der fiskalischen Situation eines Staates. Mit dem Ziel eines internationalen Vergleichs, der die mitunter kurzfristige Fokussierung auf die Maastricht-Kriterien ergänzt, hat das Forschungszentrum Generationenverträge erstmals die fiskalische Situation von acht Staaten untersucht. Betrachtet werden neben Deutschland auch Frankreich, Österreich, Spanien und das Vereinigte Königreich stellvertretend für die Staaten der Europäischen Union, außerdem Norwegen und die Schweiz als Nicht-EU-Staaten sowie als außereuropäischer Vergleichsmaßstab die Vereinigten Staaten.

Zentrales Augenmerk der Studie liegt neben der gegenwärtigen Haushaltslage auf der zu erwartenden demografischen Entwicklung der untersuchten Staaten. Gemessen am Altenquotienten, weisen die meisten Länder im Jahr 2004 mit einem Wert von etwa 28 – d.h. auf 100 Erwerbstätige entfallen 28 Personen im Alter von über 65 – noch eine relativ ähnliche Altersstruktur auf. Im Rahmen des in allen Staaten bevorstehenden Alterungsprozesses werden die demografischen Unterschiede jedoch zunehmen. Insbesondere Spanien und Deutschland werden von einem relativ starken Alterungseffekt betroffen sein, wohingegen die USA, aufgrund einer nach wie vor hohen Geburtenrate, auch in Zukunft die im Mittel jüngste Bevölkerung haben wird.

Im Hinblick auf die fiskalische Ausgangssituation lassen sich entsprechend der Defizitquote mit Ausnahme von Norwegen, das aufgrund seines Ölvorkommens ein Sonderfall darstellt, zwei Gruppen bilden: Auf der einen Seite finden sich Spanien, die Schweiz und Österreich wieder, welche mit einer Defizitquote zwischen 0,4 und 1,3 Prozent im Jahr 2004 das Maastricht-Kriterium problemlos erfüllen. Auf der anderen Seite stehen die Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, welche mit Defizitquoten zwischen 3,4 und 4,2 Prozent das Maastricht-Kriterium deutlich verfehlen.

Obwohl alle betrachteten Länder eine ähnlich hohe explizite Staatsschuld im Umfang von etwa 40 bis 60 Prozent des BIP aufweisen, zeigen die Ergebnisse der Tragfähigkeitsanalyse unter Berücksichtigung der so genannten impliziten Staatsschuld deutliche Unterschiede. Sieben der acht Staaten versprechen für die Zukunft Leistungen, welche mit den gegenwärtigen Steuer- und Abgabensätzen auf Dauer nicht zu finanzieren sind. Allen voran die USA und Großbritannien sehen sich enormen Zukunftslasten gegenüber gestellt. Für die Vereinigten Staaten beläuft sich die implizite Staatsschuld auf 567,4 Prozent des BIP. Zusammen mit der expliziten Staatsschuld in Höhe von 57,1 Prozent ergibt sich hieraus eine Nachhaltigkeitslücke von 624,5 Prozent des BIP.

In nur geringem Abstand zu den Vereinigten Staaten folgt das Vereinigte Königreich, welches im Jahr 2004 mit nur 37,2 Prozent des BIP zwar die geringste explizite Verschuldung, zusammen mit der impliziten Schuld in Höhe von 530,0 Prozent des BIP jedoch eine deutliche Nachhaltigkeitslücke von 567,2 Prozent des BIP aufweist. Erst mit einem deutlichen Abstand von mehr als zwei Bruttoinlandsprodukten folgen die kerneuropäischen Staaten und Norwegen. Spanien erreicht einen respektablen zweiten

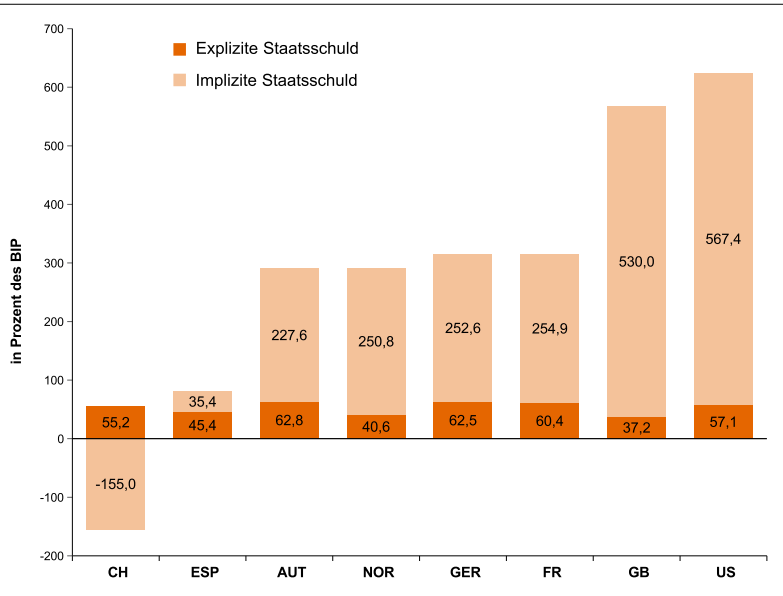
Inhalt:

Vorbelastet in die Krise
S.1

Das (fiskalische) Leid mit
der Gesundheit
S.2

Start des MBA-Studiengangs
Estate Planning
S.3

FZG-Standpunkt
S.4



Platz mit einer vergleichsweise geringen impliziten Staatsschuld von 35,4 Prozent. Mit einer impliziten Schuld im Umfang von minus 155 Prozent des BIP kann allein die Schweiz als fiskalisch tragfähig

betrachtet werden. Sie verfügt somit sogar über ein implizites Vermögen.

Die Ergebnisse zeigen, dass neben Deutschland eine ganze Reihe westlicher Industrienationen deutlichen fiskalischen Herausforderungen gegenüberstehen. Insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien mangelt es an der richtigen Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklungen lassen vermuten, dass die Resultate unter Einbeziehung der heutigen Datenlage noch einmal deutlich ernster ausfallen würden. Für die USA besteht allerdings ein kleines Trostpflaster: Aufgrund der vergleichsweise guten demografischen Entwicklung wird sich die Last auf mehr Schultern verteilen. Betrachtet man die zur Finanzierung der Nachhaltigkeitslücke notwendige Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Abgabenquote, liegt diese deutlich niedriger als in Deutschland und Frankreich. Es bleibt demnach auch für die großen Staaten Kontinentaleuropas weiterhin ein langer Weg bis zu einer „auf Dauer tragfähigen Finanzlage der öffentlichen Hand“. ■ jv

Das (fiskalische) Leid mit der Gesundheit – Internationaler Workshop des Aspen Institute Italia

Am 12. Februar 2009 lud das Aspen Institute Italia zu einem internationalen Workshop unter dem Titel „Ageing societies and sustainable health systems“ nach Rom ein. Eingeladen waren namhafte Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, so bspw. einer der „Erfinder“ der Generationenbilanz, Prof. Laurence Kotlikoff von der Boston University, aber auch Raffaele Fitto, italienischer Minister für Regionalpolitik oder Masaakira James Kondo, Präsident des Health Policy Institute in Tokio, Japan. Auch das FZG war in Person von Christian Hagist auf der Konferenz vertreten.

Determinanten des Wachstums öffentlicher und privater Gesundheitsausgaben

In der ersten Sitzung des Workshops ging es um die Determinanten des Wachstums sowohl öffentlicher wie auch privater Gesundheitsausgaben. Dabei wurde deutlich, dass im Allgemeinen drei Ursachen für den Anstieg der Gesundheitsausgaben verantwortlich gemacht werden: Erstens der demografische Wandel, zweitens der gestiegene Wohlstand und drittens der medizinisch-technische Fortschritt.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass der demografische Wandel zumindest hinsichtlich der steigenden Lebenserwartung grundsätzlich zu begrüßen ist und nicht nur als fiskalisches Problem gesehen werden darf. Jedoch sei eben auch ein Teil des Anstiegs der Gesundheitsausgaben demografisch bedingt. Der demografische Wandel wird in der Zukunft eher noch einen größeren Anstieg der Gesundheitsausgaben erwarten lassen, auch wenn

die Frage, in welcher Höhe dies genau geschieht, akademisch umstritten bleibt. Es geht dabei um das empirisch noch nicht vollends erschlossene Problem, wie die altersspezifischen Gesundheitsausgaben auf einen Anstieg der Lebenserwartung reagieren. Dabei gibt es zwei konkurrierende Thesen: Erstens die sogenannte Kompressionshypothese, nach der es bei einer Abschätzung der altersspezifischen Gesundheitsausgaben nicht auf das Alter, sondern vielmehr auf den Abstand zum Sterbezeitpunkt ankommt – einige Studien haben gezeigt, dass vor allem in den letzten beiden Lebensjahren die Ausgaben für Gesundheit drastisch ansteigen. Die Alternativhypothese, die sogenannte Medikalisierungsthese, geht hingegen davon aus, dass bei einer längeren Lebenserwartung auch die Wahrscheinlichkeit für Multimorbidität höher ist, was wiederum steigende altersspezifische Gesundheitsausgaben nach sich zieht. Wie auf vielen gesundheitsökonomischen Tagungen schieden sich in dieser Frage auch in Rom die Geister. Das FZG benutzt bei allen seinen Prognosen im Standardfall eine Kombination der beiden Thesen, da vermutlich beide für jeweils verschiedene Sektoren (ambulant vs. stationär) ihre Gültigkeit haben.

Die beiden anderen Determinanten, Einkommen und medizinisch-technischer Fortschritt, wurden hingegen von allen Teilnehmern als gegeben akzeptiert. Hier unterscheiden sich lediglich die Höhe der Schätzungen. Das FZG hat zusammen mit Prof. Kotlikoff eine eigene Schätzung für zehn OECD-Länder vorgenommen, welche in der renommierten



spanischen Zeitschrift „Hacienda Publica Espanola“ (1/2009) veröffentlicht wurde. Diese Ergebnisse wurden von Christian Hagist in Rom vorgestellt.

Fehlende Nachhaltigkeit öffentlich finanzierter Gesundheitssysteme

Im zweiten Teil des Workshops ging es um die fiskalische Nachhaltigkeit sozialer Sicherungssysteme im Allgemeinen und von öffentlichen Gesundheitssystemen im Besonderen. Christian Hagist wies darauf hin, dass insbesondere die kontinentaleuropäischen Staaten ihre Hausaufgaben im Bereich der gesetzlichen Rentensysteme gemacht haben, während hier die anglo-amerikanischen Staaten noch hinterherhinken. Allerdings sehen sich alle Staaten einem massiven Finanzierungsproblem ihrer Gesundheitssysteme gegenüber; und dies eben nicht nur aufgrund des demografischen Wandels, sondern auch aufgrund der kostentreibenden medizinischen Innovationen. Insbesondere die USA, welche über höhere Preise vor allem die Innovationskosten im medizinischen Bereich tragen, schneiden hier äußerst schlecht ab. Die Kunst einer echten Reform, so waren sich die meisten Teilnehmer einig, bestünde nun darin, den Gesundheitssektor als Wachstums- und arbeitsintensiven Markt weiter zu entwickeln, ohne aber zeitgleich den Steuer- bzw. Beitragszahler zu überlasten.

Prof. Laurence Kotlikoff stellte eine Reform in diese Richtung vor, den sogenannten „Health Care Fix“, welchen er als geeignete Maßnahme nicht nur für die USA, sondern für alle entwickelten Staaten sieht. Grundkonzept ist dabei eine Festlegung des öffentlich finanzierten Anteils der Gesundheitsausgaben am Bruttosozialprodukt. Dieser Anteil darf nicht überstiegen werden. Eine Expertenkommission legt nun den Leistungskatalog gemäß diesem Anteil fest. Jeder Bürger erhält einen risikoadjustierten Gutschein („Voucher“), um sich auf dem freien Versicherungsmarkt eine Krankenversicherung kaufen zu können. Risikoadjustiert bedeutet in diesem Zusammenhang, dass eine Person mit bekannten Krankheiten einen höheren Gutschein bekommt als eine gesunde Person. Für die Versicherungsunternehmen herrscht Versicherungspflicht, d.h. kein Bürger kann abgelehnt werden.

Der Vorschlag wurde mit viel Interesse von den Teilnehmern des Workshops aufgenommen, jedoch wurde auch darauf hingewiesen, dass gerade in Europa ähnliche Systeme bereits existieren und das politische Risiko einer Steigerung des Anteils oder einer Beeinflussung der Expertenkommission eben auch bei diesem Vorschlag nicht ganz auszuräumen seien. ■ ch



Professor Kotlikoff



Start des Studiengangs MBA Estate Planning im September 2008

Im September 2008 startete der erste Durchgang des MBA Estate Planning. Als erster universitärer Studiengang kombiniert er die Themen Vermögensaufbau und -sicherung mit dem Thema Vermögensübertragung im privaten und unternehmerischen Bereich. Akademisch anspruchsvoll bei gleichzeitiger Praxisorientierung – das ist das Markenzeichen des neuen Angebots: „Das Studium vermittelt neben umfassendem aktuellstem Fachwissen die nötige Sozial- und Methodenkompetenz, um die erworbenen Kenntnisse im Berufsalltag optimal nutzen zu können“, erläuterte der Direktor des ZBL, Prof. Dr. Wolfgang Kessler. Die Lehrveranstaltungen teilen sich renommierte Professoren und hochqualifizierte Dozenten aus der Praxis.

In der ersten Präsenzwoche im November 2008 wurden die theoretischen Grundlagen für das Studium sowie die sozialen Sicherungssysteme und die private Altersvorsorge in Deutschland thematisiert. Verantwortlich für diesen Teil der Studieninhalte ist der Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, der selbst als Dozent tätig war. Die sonstigen Vorlesungen wurden von Praktikern gehalten, z.B. Volker Altenähr von der Süddeutschen Krankenversicherung sowie von Mitarbeitern von Prof. Raffelhüschen. Als Ausgleich für die konzentrierte inhaltliche Arbeit gab es in der Woche auch Abendveranstaltungen. So stand gleich am Montag für alle interessierten Teilnehmer ein Besuch bei einem Spiel des SC Freiburg auf dem Programm. Im weiteren Verlauf der Woche gab es dann noch die Gelegenheit, bei einer Weinprobe im Haus der badischen Weine die regionalen Weine zu verkosten.

In der zweiten Präsenzwoche im Januar 2009 ging es um alle Arten von Kapitalanlageprodukten. Neben klassischen Anlageprodukten wie Aktien, Renten und Fonds wurden auch neue, alternative Anlageformen wie Hedgefonds, Rohstoffe und Private Equity thematisiert. Als Referenten konnten Experten aus Wissenschaft und Praxis wie beispielsweise Prof. Dr. Roland Füss von der European Business School, Prof. Dr. Wolfgang Bessler von der Universität Gießen, Dr. Dieter Kaiser von Feri und Hans-Helmut Kotz von der Deutschen Bundesbank gewonnen werden. Darüber hinaus hat Prof. Dr. Heinz Rehkugler, der für die Studieninhalte in diesem Block verantwortlich ist, die Teilnehmer mit seinem Spezialthema „Immobilien als Investment“ begeistert. Abgerundet wurde die Woche durch eine gemeinsame Straßenbahnfahrt in einem „Partywagen“ der Freiburger Verkehrsbetriebe.

Die Mischung aus qualitativ hochwertiger, anspruchsvoller Weiterbildung und einem attraktiven Rahmenprogramm sowie guter Organisation des Programms kommt bei den Teilnehmern sehr gut an. Die dritte Präsenzwoche Ende März kann also kommen! Derzeit läuft die Bewerbungsphase für den zweiten Durchgang des MBA Estate Planning, der im September 2009 starten wird. Bewerber, die sich bis zum 1. Mai 2009 anmelden, erhalten einen Rabatt in Höhe von 2.000 Euro auf die Studiengebühr. Diese beträgt für das 20 monatige MBA-Programm 18.900 Euro.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.mba-estateplanning.de. Für ein persönliches Gespräch stehen die Mitarbeiter des MBA Estate Planning unter 0761-203-9235 gerne zur Verfügung.



FZG-Standpunkt



Die lange Frist nicht vergessen

Natürlich fällt dem geneigten Leser bei diesem Titel sofort John Maynard Keynes Zitat ein: „In the long-run we are all dead“. Das denkt sich wahrscheinlich auch gerade die Politik in den Industriestaaten und legt Konjunkturprogramme auf bzw. weitere nach. Dabei möchte ich gar nicht behaupten, dass eine expansive Fiskalpolitik derzeit nicht nützlich wäre – allerdings sollte das keinen Freibrief darstellen, jegliche industrie- oder verteilungspolitischen Wünsche der letzten Jahre ausgerechnet jetzt zu befriedigen. Das Sammelsurium an Maßnahmen der deutschen Bundesregierung (Kinderbonus, Anhebung des steuerfreien Existenzminimums, Tarifverschiebung, Abwrackprämie, Investitionen in die Infrastruktur) genügt zwei Anforderungen an Konjunkturprogrammen dabei eher nicht: Erstens dass die Maßnahmen möglichst schnell in Kraft treten sollten und zweitens, dass die Effekte transparent und eindeutig sind. Oder wer kann auf Anhieb sagen, wie sie oder er genau von den steuerrechtlichen Maßnahmen im Einzelfall profitiert?

Eine Investition in die Infrastruktur bei sorgfältiger Vergabe der Mittel ist sicherlich sinnvoll – gerade weil auch die impliziten Renditen von Investitionen in Straßenbau und Bildung höher sein dürften als was Deutschland derzeit an Zins bezahlen muss. Allerdings sah schon Keynes bei öffentlichen Investitionen das Problem, dass sie im Falle einer konjunkturellen Krise zwar hilfreich, aber zu spät kommen dürften (und dabei kannte er noch gar kein EU-Vergaberecht). Somit hätte man solche Maßnahmen mit einem weiteren schnellgreifenden Instrument flankieren müssen und eben nicht nur mit einer industriepolitisch fragwürdigen Abwrackprämie. Das hochkomplizierte

Einkommensteuerrecht erscheint dabei höchst ungeeignet. Man fragt sich, warum man in diesem Punkt nicht Großbritannien gefolgt ist und einfach temporär die Mehrwertsteuer signifikant gesenkt hat. Dies hätte mehrere positive Eigenschaften gehabt: Zum einen sollte der finanzwissenschaftlichen Steuerlehre nach eine Senkung der Mehrwertsteuer für Haushalte mit relativ geringen Einkommen (die großen Verlierer einer jeden Wirtschaftskrise) einen deutlicheren Effekt ausüben als Veränderungen im Einkommensteuerrecht. Da Haushalte mit geringerem Einkommen eine höhere marginale Konsumneigung besitzen, sollte dies auch den stärksten Nachfrageimpuls hervorrufen. Und selbst wenn Unternehmen eine solche Senkung nicht voll weitergeben, sondern einen Teil davon selbst mitnähmen, stärkt dies die Gewinnseite der Privatwirtschaft, was in Zeiten von Kurzarbeit und einbrechender Nachfrage auch entsprechend positiv sein kann. Zum anderen ist eine derartige Maßnahme gut zu befristen und zudem transparent und einfach administrierbar. Kurz, es ist effizient, was ein gutes Konjunkturprogramm auch sein sollte. Denn eines darf bei allen gutgemeinten Konjunkturprogrammen nicht vergessen werden. Die Zeche zahlen so oder so wohl die jüngeren und zukünftigen Generationen. Mit einem guten Konjunkturprogramm kann diese Rechnung verkleinert werden, aber zu zusätzlichen Schulden wird es wohl trotzdem kommen. Und das zusätzlich zu den langfristigen fiskalischen Problemen durch Gesundheit und Pflege. Wollte man die Nachhaltigkeitslücke Deutschlands vor der Finanz- und Wirtschaftskrise schließen, man hätte jedes Jahr ein „Konjunkturpaket“ von knapp 90 Mrd. Euro einsparen müssen. Wir sollten also bei aller Gewalt mit der

die derzeitige Krise über uns hereinbricht die langfristigen Reformen nicht vergessen. Ansonsten sind wir nämlich langfristig erst mal nicht alle tot, sondern vielmehr pleite. ■ ch

FZG-Intern



Das FZG blickt zufrieden auf das Jahr 2008 zurück. Mit insgesamt **37 Publikationen** – davon 14 Aufsätze in international referierten Zeitschriften – war 2008 aus wissenschaftlicher Sicht das **publikationsstärkste** Jahr seit der Gründung des Forschungszentrums.

Wir gratulieren **Matthias Heidler** zur erfolgreichen Promotion. In seiner Doktorarbeit beschäftigt sich Dr. Heidler mit der Messung der intergenerativen Umverteilung in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Die Arbeit erscheint in Kürze in der Schriftenreihe „Sozialökonomische Schriften“ beim Peter Lang Verlag. Matthias Heidler hat das FZG leider zum April 2008 verlassen, um eine Stelle als Assistent der Geschäftsführung der Augustinum gGmbH in München anzutreten. Emily Dang ist zum September 2008 aus dem FZG ausgeschieden und seitdem bei der Allianz-Gruppe tätig. Wir wünschen beiden für ihre berufliche Zukunft alles Gute.

Mit Dipl.-Vw. **Arne Leifels** und **Johannes Vatter** hat das FZG im Herbst 2008 tatkräftige Verstärkung erhalten. Wir freuen uns auf eine produktive Zusammenarbeit.

FZG-Publikationen



(download: www.generationenvertraege.de)

Müller, C., B. Raffelhüschen und O. Weddige (2009), Pension obligations of government employer pension schemes and social security pension schemes established in EU countries, Studie im Auftrag der Europäischen Zentralbank.

Hagist, C., S. Moog, B. Raffelhüschen und J. Vatter (2009), Ehrbare Staaten? Die Ergebnisse der Generationenbilanzierung im internationalen Vergleich, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Stiftung Marktwirtschaft, 107.

Hagist, C. und L. Kotlikoff (2009), Who's Going Broke? Comparing Growth in Public Healthcare Expenditure in Ten OECD Countries, Hacienda Pública Española/Revista de Economía Pública, 188(1), 55-72.

Hackmann, T. und S. Moog (2009), Die Auswirkungen der steigenden Lebenserwartung auf die Prävalenz der Pflegebedürftigkeit in Deutschland, Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 98, 73-89.

Leifels, A., B. Raffelhüschen und O. Weddige (2008), Der Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit, Studie im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit.

Impressum:

Mit freundlicher Unterstützung des Vereins des Forschungszentrums Generationenverträge e. V. erscheint FZG aktuell zweimal jährlich.

Herausgeber: Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität, 79085 Freiburg i. Br. www.generationenvertraege.de

Direktor:
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
Redaktion:
redaktion@generationenvertraege.de
Jörg Schoder, Tel.: 0761. 203 92 37
Christoph Müller, Tel.: 0761.203 92 26

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars.

© Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg, 2008

Satz & Layout: www.cavallucci.de
Gestaltung: www.cc-werbeagentur.de